

*19. Kille*

27.11.1992

## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1993



**Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr**  
**- Drucksachen 11/4200 und 11/4626 -**

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen des**  
**Verkehrsausschusses**

**Berichterstatteerin Abgeordnete Marianne Thomann-Stahl**      **F.D.P.**

### **Beschlußempfehlung**

Der Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr - wird, soweit die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses gegeben ist, mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

## **Bericht**

Der Verkehrsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 15 am 24. September und am 8. Oktober 1992 beraten. Die abschließende Sitzung fand am 26. November 1992 statt. Dabei wurde der Entwurf des Einzelplans 15, soweit die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses gegeben ist, in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Änderungsanträge wurden von allen Fraktionen gestellt. Sie wurden im einzelnen beraten und abgestimmt. Dabei konnte kein Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN eine Mehrheit finden. Beschlossen wurden von der SPD eingebrachte Änderungsanträge, wie sie sich im einzelnen aus der Anlage ergeben. Darüber hinaus wurde zum Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung ein Beschluß gefaßt, in dem die Landesregierung gebeten wird, Maßnahmen zu prüfen, die zu einer Verbesserung der Effektivität des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund und seiner Arbeit führen soll.

Hans Jaax  
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Verkehrsausschuß

zum Einzelplan 15

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	F.D.P.	<p><u>Obergruppen 51 bis 54 ohne Gruppen 529 und 531 bis 546</u></p> <p>Angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der dadurch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen sollen die Mittel für sächliche Verwaltungsausgaben ohne Verfügungsmittel und Sonstiges um 1 750 000 DM (ca 10%) gekürzt werden.</p>	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt
2	F.D.P.	<p><u>Gruppen 529 und 531 bis 545</u></p> <p>Angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der dadurch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen sollen bei den Verfügungsmitteln und Sonstigem 1 750 000 DM (ca. 25%) eingespart werden.</p>	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt
3	F.D.P.	<p><u>Hauptgruppe 7</u></p> <p>Angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der dadurch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen sollen bei Baumaßnahmen 500 000 DM (ca. 10%) eingespart werden</p>	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	F.D.P.	<u>Obergruppe 81</u> Angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der durch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen sollen beim Erwerb von beweglichen Sachen 500 000 DM (25%) eingespart werden.	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt
5	F.D.P.	<u>Kapitel 15 010</u> <u>Titel 422 10</u> <u>Titel 425 10</u> Angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der durch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen sollen 6 500 000 DM durch Kürzung von 65 Stellen für Personal - Abbau der Ministerialbürokratie - eingespart werden	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt
6	CDU	<u>Kapitel 15 020</u> <u>Titel 531 20</u> Kürzung des Ansatzes für Veröffentlichungen und Dokumentation um 100 000 DM <u>Begründung:</u> Weniger aufgrund Anpassung an Haushaltslage	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt
7	CDU	<u>Kapitel 15 020</u> <u>Titel 541 00</u> Kürzung des Ansatzes für Aufwendungen für Ausstellungen um 80 000 DM <u>Begründung:</u> Weniger aufgrund der Haushaltslage	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD	<p>Kapitel <u>15 040</u>  Titel <u>685 70</u></p> <p>Neuer Ansatz: 1 392 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Umschichtung der Haushaltsmittel (hier: 300 000 DM) und die Erhöhung des Haushaltsansatzes bei Kapitel 15 500, Titel 883 13 sind erforderlich, um die bedarfsgerechte Ausgestaltung des Landesstraßenneubaus (Bau von Ortsumgehungen, Beseitigung von Unfallschwerpunkten etc.) mittelfristig zu ermöglichen</p>	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen DIE GRÜNEN angenommen
9	F.D.P.	<p>Kapitel <u>15 100</u></p> <p>Ersatzlose Streichung aller Ansätze in Höhe von 7 200 000 DM durch Auflösung des ILS angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der dadurch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen</p>	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	SPD	<p><u>Kapitel 15 100</u></p> <p>Zu diesem Kapitel wurde folgender Beschluß gefaßt:</p> <p>"Die Landesregierung wird gebeten, Maßnahmen zu prüfen, die zu einer Verbesserung der Effektivität des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund und seiner Arbeit führen.</p> <p>Diese Maßnahmen sollten sich insbesondere beziehen auf</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Verbesserung der praxisbezogenen Forschungstätigkeit des Instituts,</li> <li>- eine Verbesserung der 'Durchgriffsmöglichkeiten' der Landesregierung bei der Erteilung, der Durchführung und der Kontrolle von Arbeits- bzw. Forschungsaufträgen,</li> <li>- eine zielorientierte fachbezogene Auswahl künftiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sowohl auf Leitungsebene als auch auf Mitarbeitererebene; dabei ist nach Auffassung des Ausschusses insbesondere zu prüfen, ob die künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forschungsbereich des Instituts, unter anderem aus Gründen der Flexibilität, als angestellte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit zeitlich begrenzten Verträgen (vergleichbar anderen wissenschaftlichen Bereichen) angestellt werden sollten.</li> </ul> <p>Die Landesregierung wird ferner gebeten, dem Ausschuß zu gegebener Zeit (spätestens im Herbst 1994) über das Ergebnis ihrer Prüfung zu berichten."</p>	Mit SPD und CDU gegen F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	SPD	<p><u>Kapitel 15 460</u>  <u>Titel 526 60</u></p> <p>Neuer Ansatz: 395 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Umschichtung der Haushaltsmittel (hier: 150 000 DM) und die Erhöhung des Haushaltsansatzes bei Kapitel 15 500, Titel 883 13 sind erforderlich, um die bedarfsgerechte Ausgestaltung des Landesstraßenneubaus (Bau von Ortsumgehungen, Beseitigung von Unfallschwerpunkten etc.) mittelfristig zu ermöglichen.</p>	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen DIE GRÜNEN angenommen
12	CDU	<p><u>Kapitel 15 460</u>  <u>Titel 685 60</u></p> <p>Kürzung des Ansatzes für sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland um 100 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Weniger aufgrund der Haushaltslage</p>	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt
13	CDU	<p><u>Kapitel 15 460</u>  <u>Titel 537 70</u></p> <p>Kürzung des Ansatzes bei der Landesverkehrsplanung um 300 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Weniger aufgrund Anpassung an die Haushaltslage</p>	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt
14	F.D.P.	<p><u>Kapitel 15 470</u>  <u>Titel 657 61</u></p> <p>Angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der dadurch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen sollen bei der Übergangshilfe 7 000 000 DM eingespart werden</p>	Mit SPD, CDU und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	SPD	<p>Kapitel <u>15 470</u> Titelgruppe 63</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk Nr. 3: "3. Von den Mitteln an den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr ist ein Betrag von 400 000 DM zweckgebunden einzusetzen für die Fortentwicklung des vorgesehenen 'Controlling-Systems'."</p> <p><u>Begründung:</u> Eine wesentliche Grundlage des VRR - Grundvertrages war die Einführung eines "Controlling-Systems", um eine wirtschaftliche Geschäftsführung sicherzustellen. Die Ausbringung des Haushaltsvermerks trägt dazu bei, dieses Erfordernis zu unterstreichen und zu verdeutlichen, daß ein Teil der Mittel zweckgebunden hierfür einzusetzen ist.</p>	Einstimmig angenommen
16	CDU	<p>Kapitel <u>15 470</u> Titel 883 66 und Titel 891 66 der Titelgruppe 66</p> <p>Aufstockung der Titel um jeweils 50 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Mehr aufgrund Umschichtung aus Kapitel 15 470, Titelgruppe 67</p>	Mit SPD gegen CDU und DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	CDU	<p>Kapitel 15 470  Titel 887 67 und  Titel 891 67 der  Titelgruppe 67</p> <p>Kürzung des Ansatzes für Zuschüsse für Investitionen an Zweckverbände um 30 000 000 DM und des Ansatzes bei Titel 891 67 für Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen um 70 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  1992 wurden für die Fahrzeugförderung Mittel in Höhe von 51 000 000 DM ausgewiesen. 1993 sollen zusätzliche Mittel in Höhe von 238 000 000 DM hinzukommen. Eine solche Steigerung der Förderung der Beschaffung von Fahrzeugen im ÖPNV scheint aufgrund der Beschaffungsmodalitäten nicht umsetzbar. Die Mittel werden daher im Infrastrukturbau eingesetzt.</p>	Mit SPD gegen CDU bei Stimmenthaltung von F.D.P. und DIE GRÜNEN abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
18	DIE GRÜNEN	<p data-bbox="215 1344 247 1568"><u>Kapitel 15 470</u></p> <p data-bbox="279 1344 399 1568">Neuer Titel für die Förderung des Erhalts und Ausbaus von Bundesbahn-Nebenstrecken mit einem Baransatz von 55 000 000 DM</p> <p data-bbox="438 1344 470 1568"><u>Begründung:</u> Dieser Haushaltstitel soll im Vorfeld der Bundesbahnregionalisierung den Erhalt und Ausbau von Bundesbahnstrecken durch die kommunalen Gebietskörperschaften unterstützen. Es sind Zuschüsse möglich für Ausgaben, die nicht nach dem GVFG förderfähig sind:</p> <ul data-bbox="502 1344 917 1568" style="list-style-type: none"> <li>- Abdeckung von Fehlbeträgen der Bahn für zusätzliche Angebote,</li> <li>- Abdeckung von Fehlbeträgen der Bahnen durch die Einrichtung von Anerkennungstarifen in den Verkehrsge-meinschaften,</li> <li>- Untersuchungen zu Bahnstrecken im Auftrag von regio-nalen Arbeitskreisen.</li> </ul>	Mit SPD und CDU und F.D.P. gegen DIE GRÜNEN abgelehnt
19	DIE GRÜNEN	<p data-bbox="957 1344 989 1568"><u>Kapitel 15 470</u></p> <p data-bbox="997 1344 1061 1568">Neuer Titel für eine ÖPNV-Grundförderung mit einem Baransatz von 50 000 000 DM.</p> <p data-bbox="1101 1344 1133 1568"><u>Begründung:</u> Die Mittel aus diesem neu einzurichtenden Titel sollen den Gemeinden pauschal, aber zweckgebunden zugestanden werden. Eine Einstellung dieser Mittel in das GFG '93 ist vorzuziehen.</p> <p data-bbox="1141 1344 1173 1568">Aus diesem Titel können bezuschußt werden</p> <ul data-bbox="1181 1344 1548 1568" style="list-style-type: none"> <li>- organisatorische und planerische Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV,</li> <li>- Erwerb von kommunalen Beteiligungen an Verkehrsunternehmen (z. B. an den Bundesbusunternehmen),</li> <li>- Zuschüsse zu Betriebskosten von Verkehrsunternehmen durch die Gemeinden.</li> </ul>	Mit SPD und CDU und F.D.P. gegen DIE GRÜNEN abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	F.D.P.	<p>Kapitel <u>15 480</u> Titel <u>121 20</u></p> <p>Angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der dadurch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen sollen beim Ansatz eines Gewinnes aus der Beteiligung an Flughafen-Gesellschaften 25 000 000 DM eingespart werden.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Ertragslage der Flughafen Düsseldorf GmbH ist in 1992 unverändert gut, so daß auch 1993 mit Gewinnausschüttung gerechnet werden kann.</p>	Mit SPD und CDU gegen F.D.P. bei Stimmenthaltung DIE GRÜNEN abgelehnt
21	DIE GRÜNEN	<p>Kapitel <u>15 480</u> Titel <u>887 61</u> Titel <u>891 61</u> Titel <u>892 61</u> Titelgruppe <u>63</u> Titelgruppe <u>67</u></p> <p>Die in diesen Titeln und Titelgruppen enthaltenen Ansätze sollen jeweils auf 0 DM zurückgeführt werden, wodurch sich eine Einsparung von 11 585 000 DM ergibt.</p> <p><u>Begründung:</u> Der Ausbau der Flughafeninfrastruktur für ein wachsendes Verkehrsaufkommen entspricht nicht den umwelt- und verkehrspolitischen Zielsetzungen des Landes, das sich auf eine CO<sub>2</sub>-Reduktion im Verkehrsbereich verpflichtet hat.</p> <p>Darüber hinaus sollten Flughafeninvestitionen nicht durch öffentliche Hände bezuschußt werden, sondern im Sinne des Verursacherprinzips voll auf die Nutzer der Flughäfen (Personen- und Frachtflug) umgelegt werden.</p>	Mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die GRÜNEN abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
22	SPD	<p><u>Kapitel 15 480</u> <u>Titel 891 61</u></p> <p>Neuer Ansatz: 5 500 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Umschichtung der Haushaltsmittel (hier: 1,5 Mio. DM) und die Erhöhung des Haushaltsansatzes bei Kapitel 15 500, Titel 883 13 sind erforderlich, um die bedarfsgerechte Ausgestaltung des Landesstraßenneubaus (Bau von Ortsumgehungen, Beseitigung von Unfallschwerpunkten etc.) mittelfristig zu ermöglichen.</p>	Mit SPD gegen CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen
23	F.D.P.	<p><u>Kapitel 15 500</u> <u>Titel 526 30</u></p> <p>Angesichts der hohen Verschuldung des Landes und der dadurch gegebenen Notwendigkeit drastischer Einsparungen sollen durch Kürzung der Mittel für Verkehrsuntersuchungen nach abgeschlossener Planung 1 000 000 DM eingespart werden</p>	Mit SPD, CDU und DIE GRÜNEN gegen die F.D.P. abgelehnt
24	SPD	<p><u>Kapitel 15 500</u> <u>Titel 653 10</u></p> <p>Neuer Haushaltsvermerk: "Zweckzuweisung nach § 29 Abs. 3 GFG 1993"</p> <p><u>Begründung:</u> Durch die Ergänzung soll die in den nächsten Jahren verstärkt notwendig werdende Abstimmung zwischen den Planungsabteilungen der Landschaftsverbände und dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr NRW hervorgehoben werden</p>	Mit SPD, CDU und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. angenommen

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
25	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 15 500</u> Titel 883 11</p> <p>Kürzung des Ansatzes um 20 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen sind im allgemeinen in einem guten baulichen Unterhaltungszustand. Eine Kürzung der Unterhaltungsinvestitionen aus finanzpolitischen Gründen scheint deshalb vorübergehend vertretbar. Es ist anzustreben, daß vor allem der LKW-Verkehr seine verursachten Schäden auch tatsächlich trägt.</p>	Mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die DIE GRÜNEN abgelehnt
26	SPD	<p><u>Kapitel 15 500</u> Titel 883 11</p> <p>Neuer Ansatz: 86 200 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Umschichtung der Haushaltsmittel (hier: 2,9 Mio. DM) und die Erhöhung des Haushaltsansatzes bei Kapitel 15 500, Titel 883 13 sind erforderlich, um die bedarfsgerechte Ausgestaltung des Landesstraßenneubaus (Bau von Ortsumgehungen, Beseitigung von Unfallschwerpunkten etc.) mittelfristig zu ermöglichen.</p>	Mit SPD gegen CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
27	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 15 500</u> Titel 883 12</p> <p>Kürzung des Ansatzes für den Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 000 000 DM Gesamtkosten je Maßnahme um 20 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Aus diesem Titel sollten künftig nur noch solche Um- und Ausbaumaßnahmen finanziert werden, die nicht zu einer Kapazitätssteigerung des Straßennetzes führen. Stattdessen sind Investitionen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Lärmsanierung an Landesstraßen vorrangig zu finanzieren. Genauso wie bei der innerörtlichen Verkehrsberuhigung ist auch außerörtlich auf überzogene Standards zu verzichten und sind nur die notwendigen Umbauten zu finanzieren. Neben den baulichen Maßnahmen sind verstärkt geeignete verkehrüberwachende Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu ergreifen. Für den Bau von Radwegen und die Lärmsanierung an Landesstraßen sind mehrjährige Programme aufzustellen.</p>	Mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen DIE GRÜNEN abgelehnt.
28	F.D.P.	<p><u>Kapitel 15 500</u> Titel 883 12</p> <p>Kürzungen bei Rückbaumaßnahmen an Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen um 30 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Umschichtung der Mittel, geringere Dringlichkeit gegenüber Titel 883 13</p>	Mit SPD, CDU und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
29	SPD	<p><u>Kapitel 15 500</u> Titel 883 12</p> <p>Neuer Ansatz: 80 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Umschichtung der Haushaltsmittel (hier: 3,15 Mio. DM) und die Erhöhung des Haushaltsansatzes bei Kapitel 15 500, Titel 883 13 sind erforderlich, um die bedarfsgerechte Ausgestaltung des Landesstraßenneubaus (Bau von Ortsumgehungen, Beseitigung von Unfallschwerpunkten etc.) mittelfristig zu ermöglichen.</p>	Mit SPD und F.D.P. gegen CDU und DIE GRÜNEN angenommen
30	DIE GRÜNEN	<p><u>Kapitel 15 500</u> Titel 883 13</p> <p>Kürzung der Baumaßnahmen des Landesstraßenbauplans um 100 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Ein Neubau von Landesstraßen ist in nennenswertem Umfang nicht mehr notwendig. Im Gegenteil ist eine gezielte Zurückführung der Straßeninfrastruktur notwendig, um einen Anreiz zum Umsteigen auf den Umweltverbund auch durch Restriktionen des Autoverkehrs zu geben. Die Maßnahmen des geplanten Landesstraßenbauprogramms sind kritisch zu hinterfragen. Die finanzielle Situation des Landes verbietet eine Fortsetzung von Parallelinvestitionen in die regionalen und überregionalen Verkehrswege. Die beim Landesstraßenneubau eingesparten Mittel sollten deshalb für die Förderung von Schienenstrecken eingesetzt werden.</p>	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen DIE GRÜNEN abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
31	SPD	<p><u>Kapitel 15 500</u>  <u>Titel 883 13</u></p> <p>Neuer Ansatz: 200 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Die Umschichtung der Haushaltsmittel und die Erhöhung dieses Haushaltsansatzes in Höhe von 55 Mio. DM sind erforderlich, um die bedarfsgerechte Ausgestaltung des Landesstraßenneus (Bau von Ortsumgehungen, Beseitigung von Unfallschwerpunkten etc.) mittelfristig zu ermöglichen.</p>	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen DIE GRÜNEN angenommen
32	F.D.P.	<p><u>Kapitel 15 500</u>  <u>Titel 883 13</u></p> <p>Durch die Umschichtung von Titel 883 12 (siehe Nr. 28) sollten die Mittel über die bereits beschlossene Ansatzserhöhung hinaus für dringend notwendige Landesstraßenbaumaßnahmen um weitere 30 000 000 DM erhöht werden</p>	Mit SPD, CDU und DIE GRÜNEN gegen F.D.P. abgelehnt
33	CDU	<p><u>Kapitel 15 500</u>  <u>Titel 883 13</u></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 60 000 000 DM auf 200 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Mehr in Anpassung an den Bedarf im Landesstraßenbau</p>	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU und F.D.P. abgelehnt



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
34	DIE GRÜNEN	<p data-bbox="197 1352 304 1581">Kapitel 15 500 Titel 883 14 Titel 883 15</p> <p data-bbox="347 640 603 1581">Kürzung der Ansätze um 120 000 000 DM bei Titel 883 14 und 30 000 000 DM bei Titel 883 15 unter gleichzeitiger Ausbringung eines neuen Titels zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, Beschleunigung des Busverkehrs, Anlage von Radwegen und Lärmsanierung an kommunalen Straßen für ein Aktionsprogramm ökologischer und sicherer Stadtverkehr mit einem Ansatz von 150 000 000 DM</p> <p data-bbox="651 1384 683 1581"><u>Begründung:</u></p> <p data-bbox="687 631 831 1581">Der neue Haushaltstitel soll in Form eines Aktionsprogramms kurzfristig umsetzbare Verbesserungen der Verkehrsabwicklung und die Reduzierung der verkehrsbedingten Emissionen bzw. Immissionen unterstützen.</p> <p data-bbox="836 651 1091 1581">Die Verkehrsprobleme in den Städten sind durch Straßenneubau nicht lösbar. Die Schwerpunkte der finanziellen Förderung beim kommunalen Straßenbau sollten deshalb gezielt auf die Verbesserungen in der Abwicklung des Busverkehrs (Haltestellen, Beschleunigung, eigene Spuren) gerichtet werden und in solche Investitionen fließen, die die negativen Folgen des Autoverkehrs (Unfälle, Lärm) mindern.</p> <p data-bbox="1096 640 1544 1581">Nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer sind besonders auf den innerstädtischen Straßen überproportional gefährdet. Die größten Gefährdungen sind nicht in den Wohngebieten anzutreffen, in deren verkehrsberuhigten Ausbau in den letzten Jahren Millionen summen flossen, sondern vor allem auf Hauptverkehrsstraßen. Mit einem Sofortprogramm sollen bauliche Maßnahmen an den Unfallschwerpunkten zur Unterstützung von Tempolimits finanziell gefördert werden. Dies können die Anlage von Querungshilfen, der fußgängerfreundliche Umbau von Kreuzungen und Ampelanlagen und der Straßenrückbau sein. Über die Hälfte der Menschen fühlen sich durch Straßenverkehrslärm beeinträchtigt. Die Aufstellung von</p>	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen DIE GRÜNEN abgelehnt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Lärminderungsplänen wird in vielen Kommunen deshalb nicht vorangetrieben, weil die finanziellen Konsequenzen nicht überschaubar erscheinen. Durch die Auflage eines entsprechenden Programms soll für die Kommunen ein Anreiz gegeben werden, hier mehr zu machen.</p> <p>Der Radwegebau im Zuge von kommunalen Straßen ist in den vergangenen Jahren mit hohem Mittelaufwand gefördert worden. Allerdings hat sich die Situation für Radfahrerinnen und Radfahrer in den Kommunen immer noch nicht durchgreifend gebessert. Notwendig ist eine Aufstockung der entsprechenden Mittelansätze und eine Schwerpunktsetzung auf die Anlage von Radverkehrsstreifen, Radstraßen und die Förderung von Fahrradabstellanlagen und -wegweisesystemen.</p> <p>Der straßengebundene ÖPNV ist durch die zunehmenden Staus stark beeinträchtigt. In den Großstädten des Landes entstehen jährlich Betriebsverluste in Millionenhöhe durch die Fahrtzeitverlängerung der Busse infolge Staus. Durch eine forcierte Beschleunigung von Bussen kann also ein wirksamer Beitrag zur finanziellen Stärkung des ÖPNV geleistet werden. Der Umbau von Haltestellen speziell für den Einsatz von Niederflurbussen bringt die Vorteile dieser neuen Busgeneration erst voll zur Geltung.</p> <p>Die Ausstattung dieses "Aktionsprogramms ökologischer und sicherer Stadtverkehr" kann bei Bedarf durch weitere Umschichtungen zu Lasten des Straßenneubaus verstärkt werden. Die Kommunen sollen die Gewähr haben, daß sie mit einer dauerhaften Trendwende bei der Förderpraxis des Landes rechnen können und die ÖPNV-Beschleunigung, Verkehrssicherheit und ein umweltverträglicher Verkehr gegenüber Straßenneubau höher gewichtet wird.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
35	CDU	<u>Kapitel 15 500</u> <u>Titel 883 15</u>  Kürzung des Ansatzes um 8 000 000 DM  <u>Begründung:</u> Weniger angesichts des angehobenen Fördersatzes von 60 % auf 75 % bei den Bundesfinanzhilfen	Mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt



Das Finanzministerium  
des Landes Nordrhein - Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und  
Finanzausschuß des Landtages  
- Anlage zur Vorlage 11 / 1736  
11 / 1737  
11 / 1738  
11 / 1739  
11 / 1740

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1993

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr -

Anlagen:

Änderung in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung ( Änderungen sind unterstrichen )	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr ( + ) weniger ( - ) DM	Neuer Ansatz DM
<b>15 040</b>	<b>Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit</b>			
Titelgruppe 70	Für wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen auf den Gebieten der Stadtentwicklung und der Denkmalpflege			
685 70	Haushaltsvermerke unverändert	1.692.000	-300.000	1.392.000
176	Untersuchungen durch Dritte			
	Verpflichtungsermächtigung unverändert			
<b>15 460</b>	<b>Allgemeine Bewilligungen - Verkehr -</b>			
Titelgruppe 60	Untersuchungen auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung			
526 60	Haushaltsvermerke unverändert	545.000	-150.000	395.000
780	Gutachten aufgrund von Werkverträgen			
	Verpflichtungsermächtigung unverändert			

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung ( Änderungen sind unterstrichen )	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr ( + ) weniger ( - ) DM	Neuer Ansatz DM
15 500	<b>Straßen- und Brückenbau</b>			
653 10 722	Entwurfsbearbeitung ( einschließlich Planung ) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen		unverändert	
	<u>Zweckzuweisung nach § 29 Abs. 3 GFG 1993</u>			
883 11 723	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen Haushaltsvermerk und Verpflichtungsermächtigung unverändert	89.100.000	-2.900.000	86.200.000
883 12 723	Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio DM Gesamtkosten je Maßnahme Haushaltsvermerke und Verpflichtungsermächtigung unverändert	83.150.000	-3.150.000	80.000.000
883 13 723	Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplanes Haushaltsvermerk und Verpflichtungsermächtigung unverändert	145.000.000	+ 55.000.000	200.000.000

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung ( Änderungen sind unterstrichen )	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr ( + ) weniger ( - ) DM	Neuer Ansatz DM
15 470	<b>Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b>			
Titelgruppe 61	Entwicklung und Förderung von Verkehrsverbänden und Verkehrsgemeinschaften, Versuche zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs sowie Förderung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit seiner Verkehrsunternehmen		unverändert	
	Haushaltsvermerk Nr. 1 und 2 unverändert			
3. Von den Mitteln an den Verkehrsverbund Rhein - Ruhr ist ein Betrag von 400.000 DM zweckgebunden einzusetzen für die <u>Fortentwicklung des vorgesehenen "Controlling - Systems"</u>				
15 480	<b>Förderung der Luftfahrt</b>			
Titelgruppe 61	Für den Ausbau und die Erneuerung von Flugplätzen			
	Haushaltsvermerke unverändert			
891 61 759	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen Verpflichtungsermächtigung unverändert	7.000.000	-1.500.000	5.500.000



Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung ( Änderungen sind unterstrichen )	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr ( + ) weniger ( - ) DM	Neuer Ansatz DM
	<b>Einzelplanabschluss:</b>  Gesamteinnahmen Gesamtausgaben Verpflichtungsermächtigungen	1.492.377.000 3.205.114.000 2.713.416.000	0 + 47.000.000 0	1.492.377.000 3.252.114.000 2.713.416.000